

Protokoll 64. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 25. September 2019, 14.15 Uhr bis 16.30 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Heinz Schatt (SVP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Elena Marti (Grüne)

Anwesend: 116 Mitglieder

Abwesend: Samuel Balsiger (SVP), Roberto Bertozzi (SVP), Dorothea Frei (SP), Martin Götzl (SVP), Guy Krayenbühl (GLP), Pascal Lamprecht (SP), Markus Merki (GLP), Alan David Sangines (SP), Maria del Carmen Señorán (SVP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|--------------------------|--|------------|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 2. | 2019/345 | * Weisung vom 21.08.2019:
Motion von Urs Helfenstein, Karin Rykart Sutter und 8 Mitunterzeichnenden betreffend Projektierungskredit zum Carparkplatzareal unter Berücksichtigung einer quartierverträglichen Umsetzung und der wohn-, energie-, und verkehrspolitischen Aufträge der Gemeindeordnung, Abschreibung einer Motion | VHB |
| 3. | 2019/376 | * Weisung vom 11.09.2019:
Stadtspital Waid, Stadtspital Triemli, Immobilien Stadt Zürich, Zusammenarbeitsprojekt Rehabilitation, Gewährung eines Baurechts zum Bau einer Rehabilitationsklinik auf dem Areal des Stadtspitals Triemli, Genehmigung des Zusammenarbeitsvertrags, Genehmigung des Vormietvertrags | VHB
VGU |
| 4. | 2019/387 | * Weisung vom 18.09.2019:
Kultur, Jazz Verein Moods, Beiträge 2020–2023 | STP |
| 7. | 2019/136 | E/A Postulat der FDP-Fraktion vom 10.04.2019:
Vereinfachung des Baus von Solaranlagen auf Dächern | VHB |
| 8. | 2019/137 | E/A Postulat der FDP-Fraktion vom 10.04.2019:
Schaffung von Anreizen für die Nutzung von Dachflächen durch «ewz.solarzüri» oder vergleichbare Anbieter | VIB |
| 9. | 2019/140 | E/A Postulat der FDP-Fraktion vom 10.04.2019:
Effizientere Nutzung der Sonnenenergie durch den vermehrten Bau von Steildächern statt Flachdächern | VHB |

10. [2019/212](#) E/A Dringliche Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion und der Parlamentsgruppe EVP vom 22.05.2019: Anpassung der Verordnungen sowie der Bau- und Zonenordnung für einen massiven Zubau an Photovoltaik-Anlagen VIB

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

Geschäfte

1698. 2019/345

Weisung vom 21.08.2019:

Motion von Urs Helfenstein, Karin Rykart Sutter und 8 Mitunterzeichnenden betreffend Projektierungskredit zum Carparkplatzareal unter Berücksichtigung einer quartierverträglichen Umsetzung und der wohn-, energie-, und verkehrspolitischen Aufträge der Gemeindeordnung, Abschreibung der Motion

Zuweisung an die SK HBD/SE gemäss Beschluss des Büros vom 23. September 2019

1699. 2019/376

Weisung vom 11.09.2019:

Stadtspital Waid, Stadtspital Triemli, Immobilien Stadt Zürich, Zusammenarbeitsprojekt Rehabilitation, Gewährung eines Baurechts zum Bau einer Rehabilitationsklinik auf dem Areal des Stadtspitals Triemli, Genehmigung des Zusammenarbeitsvertrags, Genehmigung des Vormietvertrags

Zuweisung an die SK GUD gemäss Beschluss des Büros vom 23. September 2019

1700. 2019/387

Weisung vom 18.09.2019:

Kultur, Jazz Verein Moods, Beiträge 2020–2023

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss des Büros vom 23. September 2019

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1701. 2019/408
Erklärung der SP-Fraktion vom 25.09.2019:
Klimapolitik in der Stadt Zürich

Namens der SP-Fraktion verliest Simone Brander (SP) folgende Fraktionserklärung:

Wir handeln: Griffige Massnahmen für einen städtischen Klimaschutz

Im Mai haben wir hier im Gemeinderat zusammen mit einer breiten Klima-Allianz dem Stadtrat den Auftrag erteilt, das Klimaziel von Netto Null-CO₂-Emissionen bis 2030 in der Gemeindeverordnung zu verankern. Um das ambitionierte Ziel zu erreichen, müssen nun rasch konkrete Massnahmen umgesetzt werden. Sei es im Bereich der Mobilität, bei den Gebäuden, bei der Strom- und Wärmeerzeugung oder beim Konsum. Es braucht entschlossenes Handeln und ein Bündel an wirkungsvollen Massnahmen.

Zusammen mit unseren Verbündeten der Klima-Allianz im Gemeinderat und im Austausch mit den Klimaengagierten von Klimastadt Zürich haben wir Vorstösse für griffige Massnahmen eingereicht. So fordern wir heute unter anderem einen massiven Ausbau der Photovoltaik, einen Fonds für die Förderung des Umstiegs von Öl- und Gasheizungen auf eine CO₂-freie Wärmeproduktion, die rasche Umrüstung betriebsnotwendiger Fahrzeuge auf leichte und energieeffiziente Fahrzeuge mit alternativen Antriebsformen, einen städtischen Grünkredit bei Bauten und ein Verbot von Einwegplastik. Bereits an den Stadtrat überwiesen wurde ein Vorstoss für die Realisierung eines Pilotprojekts im Kehrlichtheizkraftwerk Hagenholz für das Abscheiden des CO₂ aus dem Abgas.

Diese Massnahmen erreichen ihr Ziel, weil sie dort ansetzen, wo sich der CO₂-Ausstoss einfach, deutlich und rasch reduzieren lässt. Denn: Die Zeit ist knapp, um eine Klimaerwärmung von mehr als 1,5 Grad zu verhindern. Für die Erreichung des Ziels von Netto Null bis 2030 sind wir darauf angewiesen, dass auch der Bund und der Kanton Zürich ihre Verantwortung wahrnehmen und überall dort, wo kommunale Kompetenzen fehlen, den Klimaschutz mit griffigen Massnahmen vorantreiben.

Handeln wir nicht oder zu spät, steigen die Gesundheitsrisiken, nehmen Naturkatastrophen und Verdrängungskonflikte zu. Die Erreichung des Klimaziels ist eine Herausforderung für uns alle und für uns als Gesellschaft. Lebensgewohnheiten müssen überdacht und allenfalls angepasst werden. Nutzen wir aber auch die sich bietenden Chancen und schaffen wir in der Stadt Zürich als Klimapionierin neue Perspektiven. Technologischer Wandel und gesellschaftlicher Fortschritt schaffen zukunftsfähige Arbeitsstellen. Die sozialen Herausforderungen wollen wir gemeinsam meistern und demokratisch darüber entscheiden. Weder darf man sich freikaufen, noch dürfen die Kosten einseitig abgewälzt werden – wie z. B. auf die Mieterinnen und Mietern bei energetischen Gebäudesanierungen.

Machen wir vorwärts, handeln wir heute. Nutzen wir alle Möglichkeiten, die wir in der Stadt haben. Bewahren wir unser Klima – für uns und für alle Generationen, die nach uns kommen.

1702. 2019/409
Erklärung der FDP-Fraktion vom 25.09.2019:
Klimapolitik in der Stadt Zürich

Namens der FDP-Fraktion verliest Michael Schmid (FDP) folgende Fraktionserklärung:

Freisinnige Klimapolitik ist nachhaltige Klimapolitik

Eine Laune des politischen Kalenders will es, dass heute nicht nur der Zürcher Gemeinderat zur Klimapolitik debattiert, sondern gleichzeitig der Ständerat die Totalrevision des CO₂-Gesetzes auf Bundesebene, worin die Ziele und Instrumente für den Klimaschutz in der Schweiz bis 2030 festgelegt werden. Das gibt Gelegenheit, um zunächst einige politische Märchen mit der Realität zu konfrontieren: Die Behauptung, es sei in der Schweiz bisher nichts gemacht worden und die Behauptung, es würde nichts für die Zukunft unternommen. In Wirklichkeit gehört die Schweiz weltweit zu den Vorreitern des Klimaschutzes.

Während in Deutschland das sogenannte „Klimakabinett“ eben erst eine CO₂-Abgabe zwischen 10 und 35 Euro in Aussicht genommen hat, hat die Schweiz eine solche Abgabe auf Brennstoffen bereits vor mehr als zehn Jahren eingeführt. Und im Rahmen der Totalrevision des CO₂-Gesetzes steht nun die Erhöhung von 96 Franken auf 210 Franken auf der Agenda. Das ebenfalls seit der Einführung der CO₂-Abgabe bestehende Instrument der Zielvereinbarungen für Unternehmen findet internationale Beachtung, ja es wird von

den bayerischen Grünen als Vorbild bezeichnet. Die FDP hat diese Instrumente nicht nur mitgetragen, sondern ganz wesentlich mitgestaltet.

Weder die Tatsache, dass die Treibhausgasemissionen eine globale Herausforderung darstellen, noch dass die wichtigsten Rahmenbedingungen für die Schweiz auf Bundesebene gesetzt werden, entheben uns aber von der Aufgabe, auch auf kommunaler Ebene sinnvolle Massnahmen zu treffen. Die FDP begrüsst deshalb die heutige Debatte ganz ausdrücklich und will diese mitprägen. Das lässt sich auch mit Zahlen belegen: Neun der heute traktandierten Vorstösse wurden von der FDP-Fraktion eingereicht, fünf weitere werden wir unterstützen. Nein sagt die FDP hingegen zu weiteren Vorstössen, die masslos, planlos oder nutzlos sind.

Freisinnige Klimapolitik setzt auf Nachhaltigkeit in allen Dimensionen, also ökologisch, ökonomisch und sozial. Allen Anhängern eines „System Change“ rufen wir in Erinnerung, dass der Sozialismus, auch wenn er grün angestrichen wird, ein sicheres Rezept ist, um nicht nur Wirtschaft und Gesellschaft zu ruinieren, sondern auch ökologischen Totalschaden anzurichten. Ein Blick in die Geschichtsbücher und leider auch die aktuellen Medien belegen dies in beklemmender Weise.

Eine klimaschonende Entwicklung unseres Energie- und Verkehrssystems kann nur gelingen, wenn Innovationen zugelassen werden und sich am Markt durchsetzen können. Mit unserem Wirtschafts- und Forschungsstandort ist die Stadt Zürich in einer hervorragenden Lage, einen echten Beitrag zum globalen Klimaschutz zu leisten. Dafür sollten wir uns alle einsetzen.

1703. 2019/410

Erklärung der SVP-Fraktion vom 25.09.2019: Klimapolitik in der Stadt Zürich

Namens der SVP-Fraktion verliest Roger Bartholdi (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Klimahysterie: Viel Lärm, der dem Klima nichts bringt.

Verbote, Einschränkung und Preissteigerungen für Gewerbe, Wirtschaft und die Bevölkerung. Das sind die verheerenden Auswirkungen der derzeit grassierenden Klimahysterie. Ein konkreter Nutzen für das Weltklima ist bei all den geforderten Massnahmen allerdings nicht absehbar.

Die Jugend schreit nach einer Revolution: System change statt climate change. Glaubt man Politik, Medien und dem Grossteil der Wissenschaft, so steht der Welt eine Klimakatastrophe bevor, wenn es nicht gelingen sollte, den CO₂-Ausstoss radikal herunterzufahren, und zwar am liebsten per sofort und auf netto null. Es vergeht kein Tag, an dem nicht in irgendeiner Weise die Apokalypse der Klimaerwärmung Gegenstand von Nachrichten und Berichten ist. Eine Reihe von fünf heissen Tagen über 30 Grad genügt als Beweis für die Richtigkeit der Alarmierung der Weltöffentlichkeit. Auch Bergstürze und Unwetter in irgendeinem Teil der Welt werden unkritisch als Vorboten der vermeintlichen Klimakatastrophe gedeutet. Der Zürcher Kantonsrat hat, getrieben von der allgemeinen Hysterie, den Klimanotstand ausgerufen. Ein Schritt, welcher der Stadt Zürich bis heute glücklicherweise erspart geblieben ist. Nichtsdestotrotz führen wir heute auch im Gemeinderat die grosse Klimadebatte, nachdem die eigentlichen Forderungen in Form von dringlichen Motionen, die eine Reduzierung des CO₂-Austosses bis 2030 auf netto null verlangen, bereits an den Stadtrat überwiesen wurden.

Die Debatte von heute gliedert sich in vier Blöcke: Photovoltaik/Stromerzeugung, Fernwärme /Heizenergie, Mobilität und Übriges. 19 Vorstösse von allen Fraktionen ausser der SVP kommen zur Debatte. Alle Vorstösse haben gemeinsam, dass sie ein hilfloser, kleiner Mosaikstein zum Schutz des globalen Klimas sind. Angesichts der angekündigten grossen Katastrophe bei Nichterreichung des Klimaziels und der von der Jugend verlangten Revolution eines Systemwechsels sind diese Vorstösse aber völlig ungenügend und zeugen von einer Haltung einer satten Gesellschaft, die glaubt, mit ein paar kosmetischen Retuschen den gewohnten Lebensstandard halten zu können, ohne irgendwelche Einbussen in Kauf nehmen zu müssen. Diese Haltung teilt die SVP nicht. Dass man davon überzeugt ist, dass mit diesen Vorschlägen das Weltklima tatsächlich in irgendeiner Art beeinflusst werden kann, zeugt von grosser Naivität und einem kaum fassbaren Grössenwahn.

Wer netto null CO₂ verlangt, muss bereit sein, zu verzichten:

Verzichten auf unseren hart erarbeiteten hohen Lebensstandard,
 verzichten auf einen sicheren Arbeitsplatz,
 verzichten auf Mobilität,
 verzichten auf im Ausland hergestellte Produkte,
 verzichten auf globale Vernetzung,
 verzichten auf soziale Sicherheit,
 verzichten auf Fortschritt und Erneuerung.

Die SVP beteiligt sich an der heutigen Klimadebatte meist nur mit einer ablehnenden Haltung. Wir teilen die Meinung nicht, dass wir mit ein paar gutgemeinten Vorschlägen die Welt retten könnten, ohne dass es uns wirklich weh tut. Im Gegenteil, wir machen das Stimmvolk darauf aufmerksam, dass all diejenigen, die heute so viel Sympathie und Wählergunst erhalten, keine brauchbaren Konzepte zum Schutz des Klimas bereithalten, sondern einzig vor Moralität tiefende Strafaktionen, die dem Land schaden, und dem Klima nichts bringen. Noch nie war man gut beraten, wenn bewährte Konzepte, die zugegebenerweise auch grosse Nachteile haben, im Hauruck-Verfahren durch unerprobte Massnahmen abgelöst werden sollten. Genau das fordern aber all die selbsternannten Klimapropheten, selbstverständlich durch Auferlegen aller Risiken und Kosten auf die Allgemeinheit. Machen wir die Anfangsfehler der Energiewende nicht noch einmal, als wir unserem grossen Nachbarn gefolgt sind und den Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen und die Photovoltaik mit Subventionen und privilegierter Einspeisung ins Netz gefördert haben. Dabei haben wir völlig übersehen, dass mit diesen Massnahmen in Deutschland hauptsächlich Steinkohle-, Braunkohle- und Gaskraftwerke konkurrenzisiert wurden, bei uns aber die Wasserkraftwerke, die bereits erneuerbaren Strom produzieren. Der geringe Nutzen, den wir aus der Photovoltaik ziehen können, wird durch die gewaltigen Nachteile bei der Wasserkraft, die um ihre Ertragskraft gebracht wurde, zunichte gemacht.

Das gleiche wiederholt sich nun bei den Massnahmen zum Klimawandel. Was freundlich daherkommt, erweist sich am Schluss als gewaltiger Bumerang. Festgesetzte Maximal-Emissionswerte können nur mit Zwangsmassnahmen durchgesetzt werden, was wiederum zu einem Überwachungsstaat führt, der in die individuelle Freiheit der Bürger massiv eingreift. Die zu treffenden Massnahmen werden gewaltige Kosten verursachen, welche die Wirtschaft sowie die Konsumentinnen und Konsumenten in der Schweiz treffen werden, ohne auf das Weltklima die geringste Auswirkung zu haben. Die SVP macht diesen gefährlichen Hype nicht mit. Wir setzen auf eine Klimapolitik mit Augenmass, die auf Freiwilligkeit, klugen Anreizen und smarten Innovationen basiert.

1704. 2019/411
Erklärung der Grüne-Fraktion vom 25.09.2019:
Klimapolitik in der Stadt Zürich

Namens der Grüne-Fraktion verliest Markus Knauss (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Genug geredet!

Der Klimawandel ist die wohl grösste Herausforderung, welche die Menschheit je zu bewältigen hatte. Schon der Bericht der Brundlandt-Kommission der UNO hielt 1987 fest, dass dieselben menschlichen Tätigkeiten, die uns einen gewissen Wohlstand und die so genannte Entwicklung ermöglicht haben, gleichzeitig die Vernichtung der Lebensgrundlagen der Menschen bewirken. So ergibt sich, oberflächlich gesehen, ein Zielkonflikt: Entweder wir reduzieren diesen so genannten Wohlstand oder wir sägen den Ast ab, auf dem wir sitzen.

Wo wir Grünen in diesem Konflikt stehen, wissen alle. Wir sind weiterhin und mehr denn je davon überzeugt, dass es einen dritten Weg gibt. Und wir sind die einzige Partei, die einen solchen Weg konsequent gehen will, weil wir uns nicht davor scheuen, die wirtschaftlichen Strukturen wie auch unser Konsumverhalten, die zu dieser absehbaren Katastrophe führen, in Frage zu stellen und jegliche Pflasterli- und End-of-pipe-Politik abzulehnen. Darin besteht der berühmte System Change, den die Strasse momentan von der Politik einfordert.

Die Forderung nach einem System Change ist kaum revolutionär. Sie wird auch vom Bundesrat anerkannt. Im Umweltbericht 2018 lesen wir: «Die Europäische Umweltagentur (EUA) kommt nach einer umfassenden Analyse von Umweltindikatoren und unter Berücksichtigung der Fortschritte bei den politischen Zielen zum Schluss, dass wahrscheinlich weder Umweltmassnahmen allein noch wirtschafts- oder technologiebedingte Effizienzverbesserungen ausreichend sein werden, um die Ziele der Europäischen Union (EU) für das Jahr 2050 zu verwirklichen. Stattdessen seien grundlegende Veränderungen der Produktions- und Verbrauchssysteme nötig.»

Den Dynamiken, die zum heutigen Zustand geführt haben, kann sich niemand entziehen. Jede faule Ausrede, wie etwa, die Schweiz oder die Stadt Zürich seien doch so klein und unbedeutend, versagen vor der Realität. Es gilt das genaue Gegenteil: Nur wir, die wir dank der Ausbeutung von Natur und Mensch einen gewaltigen materiellen Wohlstand entwickelt haben, haben auch die Ressourcen, um die notwendigen Innovationen voranzutreiben und zu erproben – das ist der technokratische Ansatz – und nur wir, die wir unter Verschwendung und Wohlstandsverwahrlosung mehr leiden als unter dem Gegenteil, haben überhaupt den Spielraum, um einen anderen Lebensstil einzuführen. Wer 300 Kilogramm Nahrungsmittel pro Kopf und Jahr einfach wegwirft, wer Hunderttausende von Tieren umbringt, ohne sie danach zu essen, wer 700 Kilo

Abfall pro Kopf und Jahr verbrennt, obschon es sich dabei um wertvolle Rohstoffe handelt, der hat nun wirklich nicht das Recht, über Suffizienzforderungen zu jammern und den dringend notwendigen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft abzulehnen.

Es gibt keine Alternative zur Bekämpfung des Klimawandels. Es gibt auch keine günstigere Lösung als die Bekämpfung der Klimakatastrophe, denn der bisherige Weg ist x-mal teurer. Und es gibt keine Alternative zu einem Systemwechsel, wie tiefgreifend er letztlich auch sein mag, wenn das bisherige System sich als zu starr, unflexibel und verkrustet erweist. Der unternehmerische Geist der Zerstörung richtet sich nun gegen seine Urheber: 'Macht kaputt, was uns kaputt macht' gilt mehr denn je.

So etwa lässt sich das Umfeld der heutigen Debatte beschreiben. Selbstverständlich gilt es heute, nicht nur grosse Sprüche zu klopfen, sondern konkrete, schnelle, effektive und effiziente Taten zu beschliessen. Die grüne Fraktion wird sich daher, ganz im Sinne des Gesagten, gegen jede Pflästerliaktion und gegen jede Nebelpetarde wenden, die uns vom allein wichtigen Ziel ablenken soll: Netto Null bis 2030. Es wurde genug geschnorrt und genügend oft abgelenkt. Nun gilt es, vorwärts zu machen und die Probleme radikal anzugehen. Wir freuen uns über alle, die uns dabei helfen.

1705. 2019/412

Erklärung der GLP-Fraktion vom 25.09.2019: Klimapolitik in der Stadt Zürich

Namens der GLP-Fraktion verliest Isabel Garcia (GLP) folgende Fraktionserklärung:

Gut fürs Klima, gut für die Stadt

Mit der nationalen Strategie «Cool Down 2040» fordern wir Grünliberale, dass die Schweiz beim Klimaschutz eine Vorreiterrolle übernimmt. Dies ist gemäss Klimawissenschaft notwendig und technologisch machbar. Die Bereitschaft klimafreundlich zu handeln, ist heute in breiten Kreisen der Bevölkerung vorhanden. Der Weg hin zu einer fossilfreien Gesellschaft bietet für unsere Forschung, Innovation sowie Wirtschaft zahlreiche Chancen und ist auch ein Beitrag zu mehr Lebensqualität. Selbstverständlich ist aber auch jede und jeder Einzelne gefragt, ihren und seinen Beitrag zur Vermeidung der Klimakatastrophe zu leisten.

Global denken, lokal handeln

Ohne Massnahmen auf lokaler Ebene laufen wir Gefahr, wichtige Zeit zu verlieren, bevor wir die grösste Herausforderung unserer Zeit anpacken. Die Stadt Zürich hat viele Möglichkeiten, mit gutem Beispiel voranzugehen. Konkret bedeutet dies, dass wir in einer Mehrfachstrategie bei der städtischen Energieversorgung, der Mobilität, unserem Gebäudepark sowie bei Konsum und Ernährung sukzessive, aber konsequent CO₂-neutral werden. Die Massnahmen müssen durch eine aktive und moderne städtische Naturschutz- und Suffizienzpolitik ergänzt werden.

Die heute traktandierten Vorstösse zeigen, dass sich der Gemeinderat seiner Verantwortung bewusst und der Wille zu handeln vorhanden ist. Die GLP setzt nicht primär auf Verbote, sondern auf Anreize für ein Leben in der Stadt, das auch mit weniger Ressourcen auskommt. Die GLP hat entweder selber entsprechende Vorstösse miteingereicht bzw. wird heute all diejenigen Begehren unterstützen, die einen echten Beitrag zu diesem Ziel leisten. Auch die städtischen Ausgaben müssen auf Klimafreundlichkeit ausgerichtet werden.

Wir Grünliberale sind der Meinung, dass eine solche Politik Chancen bietet: Klimaschutzmassnahmen sind eng verbunden mit unserem Innovationspotenzial und stärken den Werkplatz sowie Wirtschafts- und Forschungsstandort Zürich. Angesichts der Grösse der Herausforderung, braucht es neben Investitionen in zukunftstaugliche Technologien auch Mut für unkonventionelle Lösungen, die ressourcenarme Lebensstile möglich und attraktiv machen – zum Beispiel durch Kooperationen der Verwaltung mit Forschung und Unternehmen.

Stromerzeugung auf 100% erneuerbar umstellen

Der Umbau der städtischen Stromversorgung auf 100% erneuerbare Energie ist Dreh- und Angelpunkt der städtischen Klimapolitik und muss zügig voranschreiten. Das grösste Ausbaupotential hat die Photovoltaik. Die Installation von Photovoltaikerelementen auf sämtlichen geeigneten Dach- und Fassadenflächen spielt dabei eine wichtige Rolle. Die Beseitigung bürokratischer Hürden sowie Anreize für den Zubau von Photovoltaikanlagen sind für die Grünliberalen zentral.

Gebäudepark mit CO₂-freier Wärme versorgen

Der Gebäudesektor in der Stadt Zürich ist für rund 50% der CO₂-Emissionen verantwortlich und birgt das grösste Reduktionspotenzial. Es braucht Anreize für HauseigentümerInnen, um bei einem Heizungersatz auf erneuerbare Energiequellen zu wechseln. Der vorgeschlagene Fonds zur Förderung der Umrüstung von Öl- und Gasheizungen auf eine CO₂-freie Wärmeproduktion wird aus Sicht der GLP die notwendige Dynamik

erzeugen. Wichtig sind auch die Nutzung lokaler Umweltenergien in dezentralen Heizsystemen sowie die Wärmegewinnung aus lokalen erneuerbaren Quellen und Abwärme.

Klimaverträgliche Mobilität effizient organisieren

Der Verkehr ist für den zweitgrössten Teil der städtischen CO₂-Emissionen verantwortlich. Vor allem die Organisation des Verkehrs ist für die Grünliberalen zentral, um die Mobilität in der Stadt klimaverträglich zu gestalten. Die Stärkung des öffentlichen Verkehrs sowie des Fuss- und Veloverkehrs sowie die Umrüstung der städtischen Fahrzeugflotte auf leichte und energieeffiziente Fahrzeuge bilden weitere wichtige Bausteine einer zukunftsfähigen städtischen Mobilitätspolitik.

Nachhaltiger Konsum und Ernährung

Unsere Konsum- und Ernährungsgewohnheiten sind für das Klima eine grosse Belastung. Anreize zur Vermeidung von Einwegplastikprodukten sind für die GLP ebenso prüfenswert wie die Steigerung des Angebots von vegetarischen Mahlzeiten in städtischen Betrieben.

Moderne städtische Naturschutz- und Grünraumpolitik

Damit die Stadt Zürich klimaneutral wird, müssen wir auch die städtische Naturschutz- und Grünraumpolitik neu denken und ausrichten. Die Förderung von Begrünungen an und um städtischen Neu-, Erweiterungs- und Umbauten gehört für die Grünliberalen ebenso ins Politikportfolio wie die Aufstockung der Anzahl und der Schutz von Bäumen auf Stadtgebiet. Gerade diese Massnahmen entfalten nicht nur eine beachtliche Klimawirkung, sondern tragen auch wesentlich zum Wohlbefinden heutiger und künftiger Generationen von StadtbewohnerInnen bei und bereiten uns allen schlicht und einfach auch Freude.

1706. 2019/413

Erklärung der AL-Fraktion vom 25.09.2019: Klimapolitik in der Stadt Zürich

Namens der AL-Fraktion verliest Andreas Kirstein (AL) folgende Fraktionserklärung:

Klimarettung im Gemeinderat – unmöglich ohne Systemwechsel!

Die lange Liste der Vorstösse zur Klimarettung gibt einen Vorgeschmack auf das Schaulaufen des heutigen Abends. Gibt es ein grosses Palaver oder werden Nägel mit Köpfchen gemacht? Wer wird bis Mitternacht das Klima gerettet haben? Wer hat die Lösung für das Klimaproblem gefunden? Wer hat's erfunden? Steht am Schluss überraschenderweise die FDP mit ihrem locker aus der Hüfte geschossenen Bombardement an Forderungen als Königin der Zürcher Klimanacht da? Und wird ihr das bei den Nationalratswahlen helfen?

Wir von der AL-Fraktion stehen heute Abend vor einem Dilemma. Im Angesicht der grössten Herausforderung dieses Jahrhunderts, der Abwendung einer globalen Klimakatastrophe, versprechen einige der vorliegenden Vorstösse offensichtlich zu wenig zum Leben und doch zu viel um zu sterben, weshalb wir ihnen - wenn auch nur halbherzig - zustimmen müssen. Wenig ist vielleicht besser als nichts.

Gefasste Beschlüsse auf Stadtgrund reichen nur bis zur Stadtgrenze, während das Klima auch darüber hinaus spielt. Massnahmen, die radikal und richtungsweisend wären, würden sofort den bürgerlichen und weniger klima-affinen Kanton auf den Plan rufen, wie wir das immer wieder in Verkehrs- und Baubelangen erleben dürfen. Und überhaupt: Was, so fragen wir uns, bringt denn ein in letzter Konsequenz durchökologisiertes Zürich, wenn die Welt um uns herum trotzdem zerfällt? Wir alle wissen, dass es eines grundlegenden Systemwechsels bedarf, für den alle politischen Ebenen und in letzter Instanz die Gesellschaft am gleichen Strick ziehen müssen. Erst dann können auch lokale Massnahmen im Verkehr, in Wirtschaft, Landwirtschaft und im Energiebereich, für Ernährung und den Schutz von Ressourcen und Natur ihre Wirkung entfalten. Erst dann können die Klimaziele erreicht werden.

Andere Rettungsmassnahmen des heutigen Abends kommen in homöopathischen Dosen daher und beruhigen zumindest das Gewissen. Für uns gestaltet sich die Einschätzung ihrer Wirkung schwierig. Was bringt es zum Beispiel dem Klima, wenn ein umweltfreundliches Auto länger auf einem Parkplatz stehen darf? Und kann man es uns verübeln, wenn wir gewissen Vorstössen, auf denen zwar das Etikett «Klimarettung» prangt, ablehnend gegenüberstehen, weil uns aus ihren Tiefen die Stimme des Hauseigentümergebundes entgegenhallt, dem bekanntlich seine Mitglieder am nächsten und alle Regulierungen ein Gräuel sind? Zusätzlich bezweifeln wir bei einigen der Forderungen – nicht zuletzt auf Grund der sehr salopp formulierten Begründungen -, dass sie überhaupt zu Ende gedacht worden sind. Muss der Steildachbau tatsächlich angekurbelt werden? Warum genau soll die Stadt synthetisches Methangas kaufen? Und: Hat nicht schon jede städtische Kantine Vegetarisches im Angebot?

Ausserdem: Grossräumig ausgeklammert wurde in allen Vorstössen – auch in jenen, die die AL mitunterzeichnet hat – die soziale Frage. In keinem der Vorstösse zum Energieersatz wird zumindest angedacht, wie verhindert werden kann, dass die Kosten für die Massnahmen nicht auf die Mieterinnen und Mieter der

Stadt abgewälzt werden. Unter keinen Umständen dürfen die durchaus notwendigen Energiesanierungen den Exodus der Ärmere aus der Stadt noch zusätzlich ankurbeln. Es sei deshalb allen im Saal angeraten, die Klimaschutzwünsche vom kleinen oder grösseren Sozialdarwinisten, der in vielen von uns lauert, zu entkoppeln.

Wir erlauben uns heute Abend, die Vorstösse nach ihrer Wirksamkeit und Umsetzbarkeit zu beurteilen und machen es uns dabei nicht einfach. Grundsätzlich möchten wir an dieser Stelle betonen, wie wichtig – gerade in den Bereichen Verkehr, Energie und Abfallwirtschaft - starke Gemeindebetriebe für die Erfüllung der Klimaziele in den nächsten Jahren sind, und wie essenziell es ist, diese weiter zu stärken. Zusätzlich sind wir überzeugt, dass sich mit klugen Entscheiden in der kommenden Beratung des kommunalen Richtplans Weichen stellen lassen, die einen weit bedeutenderen Beitrag an die Klimarettung leisten können als einige der Vorstösse von heute Abend.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin zur städtischen Klimapolitik Stellung.

1707. 2019/136

**Postulat der FDP-Fraktion vom 10.04.2019:
Vereinfachung des Baus von Solaranlagen auf Dächern**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Andri Silberschmidt (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1134/2019).

Thomas Schwendener (SVP) begründet den von Peter Schick (SVP) namens der SVP-Fraktion am 15. Mai 2019 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Beratung siehe Sitzung Nr. 65, Beschluss-Nr. 1707/2019).

1708. 2019/137

**Postulat der FDP-Fraktion vom 10.04.2019:
Schaffung von Anreizen für die Nutzung von Dachflächen durch «ewz.solarzüri»
oder vergleichbare Anbieter**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Marcel Müller (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1135/2019).

Dubravko Sinovcic (SVP) begründet den von Peter Schick (SVP) namens der SVP-Fraktion am 15. Mai 2019 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Beratung siehe Sitzung Nr. 65, Beschluss-Nr. 1708/2019).

1709. 2019/140**Postulat der FDP-Fraktion vom 10.04.2019:
Effizientere Nutzung der Sonnenenergie durch den vermehrten Bau von Steildächern statt Flachdächern**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Martina Zürcher (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1138/2019).

Sven Sobernheim (GLP) begründet den namens der GLP-Fraktion am 15. Mai 2019 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Beratung siehe Sitzung Nr. 65, Beschluss-Nr. 1709/2019).

1710. 2019/212**Dringliche Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion und der Parlamentsgruppe
EVP vom 22.05.2019:
Anpassung der Verordnungen sowie der Bau- und Zonenordnung für einen massiven Zubau an Photovoltaik-Anlagen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, die Dringliche Motion entgegenzunehmen.

Dr. Davy Graf (SP) begründet namens der SP-Fraktion die Dringliche Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 1276/2019).

Dubravko Sinovcic (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 12. Juni 2019 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Beratung siehe Sitzung Nr. 65, Beschluss-Nr. 1710/2019).

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1711. 2019/414

Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion und der Parlamentsgruppe EVP vom 25.09.2019:

Rahmenkredit für eine zusätzliche Pflanzung von Laubbäumen, Sträuchern und Hecken mit grossem Grünvolumen

Von der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion und der Parlamentsgruppe EVP ist am 25. September 2019 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat einen Rahmenkredit mit Laufzeit bis 2030 in der Höhe von 15 Mio. Schweizer Franken zur zusätzlichen Aufstockung der Anzahl ökologisch wertvoller und alterungsfähiger Laubbäume, Sträucher und Hecken mit bevorzugt grossem Grünvolumen im öffentlich zugänglichen Raum zu unterbreiten.

Begründung:

Aktuell werden auf dem Gebiet der Stadt Zürich rund 75,000 Bäume gezählt. Zusammen mit den Sträuchern und Hecken leisten sie schon heute einen wichtigen Beitrag zur Lebensqualität der Stadtbevölkerung und einem ansprechenden Stadtbild. Sie haben ausserdem einen positiven Effekt auf das Stadtklima.

Städtische Gebiete sind von den Folgen der Klimaerwärmung besonders stark betroffen. Gerade Laubbäume, Sträucher und Hecken, die ja bereits zum Stadtbild gehören, können aber – insbesondere wenn ihre Anzahl kontinuierlich und nachhaltig erhöht wird – einen wichtigen Beitrag zur Verlangsamung der Klimaerwärmung und zur Milderung von deren Folgen leisten. In diesem Zusammenhang seien insbesondere die zusätzliche Beschattung und Kühlung, die vermehrte Absorption von Sonnenstrahlung, die grössere Menge gespeichertes CO₂, die positive Wirkung auf die Biodiversität in der Stadt, die erhöhte Aufnahmekapazität von Niederschlägen und der Beitrag zu einem ausgewogenen Feuchtigkeitshaushalt genannt.

Als Standorte besonders geeignet sind und sollen auch prioritär berücksichtigt werden – sofern es die Platzverhältnisse erlauben – beispielsweise ÖV-Haltestellen, zwei-reihige Alleen, öffentliche Plätze sowie ausgewiesene Klima-Hotspots. So sind geplante Pilotprojekte zur Hitzeminderung (z. B. in Zürich West) zu beschleunigen und vorzuziehen.

Der Rahmenkredit soll explizit dazu dienen, zusätzliche Laubbäume, Sträucher und Hecken anzupflanzen, die nicht sowieso schon angepflanzt würden und zusätzliche Flächen dafür zu finden.

Mitteilung an den Stadtrat

Die Motion wird auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

K e n n t n i s n a h m e n

- 1712. 2019/260**
Schriftliche Anfrage von Marcel Savarioud (SP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 12.06.2019:
Grünraum und Biodiversität in Schwamendingen, Vorschriften und rechtliche Möglichkeiten für den Erhalt von Grünraum und des Baumbestands sowie konkrete Schutzmassnahmen im Kontext der Klimaerwärmung

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 833 vom 18. September 2019).

Nächste Sitzung: 25. September 2019, 17 Uhr.